

POSITION TANSANIAS IN DER INTERNATIONALEN KLIMAPOLITIK

Vor, während und nach den Weltklimagipfeln der Vereinten Nationen wird rege zu dem Treffen selbst wie auch zu zahlreichen Vorbereitungstreffen im Land berichtet. Dies wurde im vergangenen Jahr im Vorfeld des COP19 in Warschau noch dadurch verstärkt, dass Tansanias Präsident Jakaya Kikwete die afrikanische Delegation leitete und offizieller Sprecher der Afrikanischen Union in Sachen Klimawandel war. Kikwete, dem gut informierte Beobachter nachsagen, er arbeite mit Blick auf das nahe Ende seiner Präsidentschaft bewusst an seinem internationalen Profil, hat das Thema Klimawandel für sich entdeckt und weiß, dass er damit international punkten kann. Seinen Ambitionen auf ein internationales Amt ist dies sicherlich förderlich. Während seiner Rede in Warschau betonte er immer wieder die Tatsache, dass Afrika trotz kleinstem CO₂-Fußabdruck (*carbon footprint*) doch am stärksten mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert sei. Die afrikanischen Staaten täten alles, was in ihrer Macht stehe, um Anpassung und Eindämmung effektiv zu gestalten, seien dabei jedoch weiterhin stark auf finanzielle Hilfe und Unterstützung angewiesen. Kikwete forderte daher vor allem konkrete Zusagen finanzieller Unterstützung durch die Industrienationen. Mit dieser klaren Forderung vertrat er die allgemeine Ansicht der afrikanischen Staaten.¹⁵ Wie bereits ange-

15 | Im Vorfeld der COPs einigen sich während eines Treffens der afrikanischen Umweltminister die Vertreter der afrikanischen Länder jedes Jahr auf einen afrikanischen Standpunkt zu den Themen Anpassung, Landwirtschaft, Klimaschuld, Klimagerechtigkeit, Finanzen, globale Ziele, Kyoto-Protokoll, Märkte, Eindämmung und Lösungen als Basis für die Verhandlungen. 2012 fand das Treffen in Arusha, Tansania statt, 2013 in Gaborone, Botsuana.

deutet, geht es dabei in erster Linie um die Akquise zusätzlicher Gebermittel. Wie die Mittel des *Green Climate Fund* dann in den afrikanischen Ländern konkret verwendet werden sollen, welche Projekte und Initiativen an der Basis umgesetzt werden und wie nachhaltig diese sind, darüber gibt es bislang nur vage Aussagen.

Tansania kann als typischer Vertreter der afrikanischen Entwicklungsländer gesehen werden, die mit den Folgen des Klimawandels stark konfrontiert sind und die aus diesem Grund darauf dringen, dass nach dem Verursacherprinzip die westlichen Industrienationen mehr Verantwortung und damit einhergehend auch eine stärkere finanzielle Verpflichtung übernehmen. Diesen auf internationaler Bühne artikulierten Forderungen steht national jedoch eine Politik gegenüber, die auf dem Papier zwar eine Reihe von Instrumenten und Strategien zur Anpassung und Vermeidung des Klimawandels entwickelt hat, diese aber nur unzureichend in konkretes politisches Handeln umsetzt. Tansania wird sich künftig daran messen lassen müssen, ob die mit lauter Stimme eingeforderten internationalen Gelder auch zielgerichtet und nachhaltig in Projekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels bzw. zu seiner Vermeidung eingesetzt werden. Angesichts der aktuell schleppenden Umsetzung der relevanten Strategien, der fehlenden sektorübergreifenden Koordinierung, der mangelnden Managementfähigkeit der verantwortlichen Ministerien und des geringen Einflusses der Klimadebatte auf die Energiepolitik ist Tansania von einer Vorreiterrolle – so wie sie der Präsident des Landes gerne porträtiert – allerdings noch weit entfernt.

SIMBABWE

Jürgen Langen

In zahlreichen Teilen der Region fällt jetzt weniger Regen, die Böden sind sandig und nährstoffarm. Die angebaute Pflanzen müssen sich dem immer trockeneren Klima anpassen. Viehhaltung ist weit verbreitet.

Während früher die kleinbäuerliche Landwirtschaft mit der Nutzung von Brachfeldern relativ problemlos funktionierte, ist dies heute, bedingt durch die lang anhaltenden Trockenperioden, schlechte Bewässerungs-

systeme, Erosion und eine Übernutzung der Böden kaum mehr möglich. Erschwerend hinzu kommen jetzt zusätzlich schlechtes Saatgut und Abholzung. Die Ernteerträge sind in den letzten Jahren dadurch drastisch gesunken. Viele Simbabwer sind mittlerweile unterernährt. Der Klimawandel macht zukünftig wohl ganze Landstriche unfruchtbar und könnte die Ernteerträge bis 2020 halbieren. Aber Simbabwe ist schon seit vielen Jahren von steigender Armut und Hunger bedroht und wird wohl zukünftig ständig von internationaler Nahrungsmittelhilfe abhängig sein. Die

so genannte Landreform von Präsident Robert Gabriel Mugabe hat die Problematik weiter verschärft.

Die verschlechterten Bedingungen für die Landwirtschaft und die sinkenden Ernteerträge sind nach Ansicht der Wissenschaft erste untrügliche Zeichen für einen bereits begonnenen Klimawandel.

In ihrer Not versuchen die Bauern immer mehr Land für den Anbau von Mais, Tabak und Kleinsämereien „unter den Pflug“ zu bekommen: insgesamt rund 400.000 Hektar. Dafür wurde radikal Wald brandgerodet, was wiederum die Bodenerosion weiter verstärkt. Die Viehzucht hat zwar kurzfristig leicht zugenommen. Die Fleischqualität ist jedoch stark gesunken, denn die Futtermittel werden immer knapper. Und so ist auch dieser Sektor vom Klimawandel und der Beeinträchtigung der Agrarwirtschaft betroffen.

Fatal ist in diesem Zusammenhang ein verstärkter Trend zu Monokulturen, der weit in die Geschichte Simbabwe zurückgeht. Anstatt nach Alternativen zu suchen, bauen die Landwirte zusätzliche Pflanzen der gängigen Sorten (Mais) an, um so den Gesamtertrag und das Überleben ihrer Familien zu sichern. Die Nahrungsmittelpalette beschränkt sich zunehmend einseitig auf Mais, was zu Gesundheitsproblemen führt. Deshalb ist ein vermehrter Anbau von anderen Grundnahrungsmitteln dringend notwendig. Es müssen Gemüsegärten mit besonders vitamin- und mineralstoffreichen heimischen Pflanzen angelegt werden, wie zum Beispiel Moringa, Muriwo, Ocra, Aloe Vera und Salbei.

Aktuell leidet die Landbevölkerung jedoch besonders darunter, dass sich in den letzten Jahren der Beginn der Regenzeiten verschoben hat:

- Juni: *madzura chando* (Winterniederschlag)
- August: *gukurahundi* (erster /früher Regen)
- September: *bumharutsva* (zweiter Regen)
- November: *kutemera gwati* (eigentliche Regenzeit)

Im Jahresdurchschnitt betragen die Regenfälle 1.000 Millimeter, wobei im Tiefland unter 400, im Hochland über 600 und im Gebirge über 2.000 Millimeter Niederschlag verzeichnet werden. Die Abfolge der Niederschlagszeiten signalisierte den Beginn der eigentlichen Regenzeit und damit die Zeit für die Aussaat. Jetzt herrscht Unsicherheit bei den Bauern.

Das Institut für Umweltstudien der Universität Simbabwe hat Klimadaten für Simbabwe zwischen 1901 und 2005 ausgewertet. Demzufolge fängt die Regenzeit heute früher an, und zwar häufig mit Sturzregen und tropischen Zyklonen. Die Trockenperioden kehren in kürzeren Zeitabständen und mit höherer Intensität als früher zurück. Die Daten des simbabwischen Agrarministeriums bestätigen, dass die Regenzeit jetzt bereits Ende Oktober einsetzt, wohingegen sie im „historischen Durchschnitt“ früher erst am 13. November begann. Laut meteorologischen Studien haben die Niederschläge in Simbabwe in den vergangenen Jahren um fünf Prozent abgenommen und die saisonale Trockenperiode hat sich verlängert.

Das bisherige Klima ist gemäßigt. Während auf dem Hochland ein subtropisches Klima herrscht, gibt es im Tiefland im Süden und Norden tropische Temperaturen. Die sommerliche Hitze im Hochland erreicht bis zu 30 Grad Celsius, im Winter kann es auch zu Nachtfrösten kommen. Die durchschnittliche Temperatur in der Hauptstadt Harare beträgt 20 Grad Celsius. Die Klimavorhersage geht von einem Temperaturanstieg von 0,15 bis 0,55 Grad Celsius alle zehn Jahre aus. Im globalen Vergleich hat die Temperatur in Simbabwe im vergangenen Jahrhundert mit 0,4 Grad Celsius zwar nur moderat zugenommen. Dennoch hat dieser Anstieg in der Landwirtschaft bereits jetzt verheerende Schäden angerichtet. Fast alle Kulturpflanzen weisen seit 1990 einen von Jahr zu Jahr anhaltenden Ertragsrückgang auf. Besonders stark betroffen ist der Mais. An Orten mit geringem Niederschlag hat die Ernte, z. B. nach dem Jahreswechsel 2009/2010, nur etwa 40 Prozent der Vorjahresmenge erreicht. Auch die Ernteerträge von Tabak, Baumwolle,

GEOGRAFIE

Topografisch ist Simbabwe ein Hochland, das als „Highveld“ bezeichnet wird. Es steigt vom Südwesten zum Nordosten allmählich an und macht den Großteil der Landesfläche aus. Die durchschnittliche Höhe beträgt zwischen 1.200 und 1.600 Metern über N. N. Das Hochland fällt im

Norden in das Sambesi-Tal und im Süden in das Limpopo-Flusstal ab. Die Vegetation ist zumeist durch Trockensavanne geprägt. Etwa 20 Prozent des Landes sind Tiefland, das „Lowveld“ genannt wird und auf einer Höhe zwischen ca. 160 Metern und 900 Metern über N. N. liegt.

Zuckererbsen, Sorghum, Hirse und Erdnuss sind stetig gesunken.

Die bisherige übliche Einteilung des Landes in fünf agrar-ökologische Zonen, die sich vor allem auf die Regenfälle und die Bodennutzung beziehen, wird wegen der Folgen des Klimawandels immer fragwürdiger. Simbabwe ist hinsichtlich seiner Niederschlagsmengen in fünf natürliche Klimazonen (I bis V) eingeteilt. In der natürlichen Zone I regnet es am meisten, in Zone V am wenigsten. Die Zonen IV und V sind überwiegend abgeschiedene Orte, die nur für extensive Viehhaltung geeignet sind – also für die Haltung von wenigen Tieren auf einer großen Fläche. In den Niederungen kann man darüber hinaus intensive Landwirtschaft betreiben. In der südöstlichen Provinz Masvingo beispielsweise prägen Grasland und Buschsavanne die Landschaft. In den Niederungen werden Zuckerrohr, Tabak und Baumwolle kultiviert, der große Rest der Provinz eignet sich nur für Viehhaltung.

Die Landschaft in diesen Zonen reagiert besonders sensibel auf den Klimawandel mit höheren Temperaturen, geringerem Niederschlag und Überschwemmungen bei plötzlichem Sturzregen. Die dünne Erdkruste ist nur wenige Zentimeter stark.

In jüngster Zeit hat eine Verschiebung der Klimazonen nach Osten stattgefunden. Die Gebiete Chinhoyi, Chibero und Umgebung, die früher der natürlichen Zone II angehörten, zählen heute zur Zone III. Und die natürliche Zone III bei Kwekwe in den Midlands hat sich zur Zone IV verwandelt. Die Veränderungen sind besonders für das Grasland dramatisch, da es dadurch zu Buschsavanne wird.

Seit einigen Jahren gibt es, wie oben geschildert, immer wieder sintflutartigen Starkregen mit Überschwemmungen. Großfarmer betreiben Bewässerungs-Landwirtschaft, für die sie oft kleine Stauseen anlegen. Von den landesweit mehr als 2.000 Dämmen sind knapp die Hälfte in Privatbesitz. Dämme, die von Gemeinden angelegt und genutzt werden, werden regelmäßig untersucht. Dabei wird deutlich, dass die Folgen des Klimawandels sich auch auf die Dämme auswirken, das betrifft keineswegs nur die Staumauer am Kariba-Stausee, wo man im Februar 2014 eine massive Schädigung der Staumauer durch Starkregen befürchtete. Auch der Dammbau für die Bewässerung großer Zuckerrohrplantagen, die für die umstrittene Ethanolherstellung produzieren, verschärft die Probleme der lokalen bäuerlichen Produzenten. Das Wasser fließt in die Dämme und steht den Kleinbauern nicht mehr zur Verfügung.

Zu einem immer schneller wachsenden Problem wird die Wasserversorgung für die Haushalte. Immer weniger Familien haben Brunnen oder Latrinen zur Verfügung. Zwar gibt es zahlreiche Brunnen, doch oft fehlen Ersatzteile, so dass viele nicht funktionieren. Auch sinkt die Grundwasserzone ständig. Fand man in Harare z. B. vor einigen Jahren einen konstanten Grundwasserspiegel bei ca. 30 Metern oder niedriger, so muss heute das Bohrloch manchmal bis über 100 Meter abgesenkt werden. In manchen Stadtgebieten sind die Bohrlöcher ganz trocken gefallen. Die Konsequenz: Die Menschen trinken verschmutztes Wasser, die Cholera breitet sich immer wieder rasant aus.

Auch im Dezember 2013 und Anfang 2014 stiegen Cholera- und Typhusfälle in den Großstädten und in einigen ländlichen Gebieten an, so dass internationale Organisationen schon vor einer neuen Epidemie warnten. Misswirtschaft lokaler Behörden und Korruption führten dazu, dass beispielsweise in Harare das Trinkwasser, das in einige dicht besiedelte Stadtteile geleitet wurde, zuvor nicht ausreichend gereinigt worden war. Ende Januar 2014 wurde bekannt, dass die Trinkwasserversorgung für Bulawayo, der zweitgrößten Stadt im Land, höchst problematisch sei. Hier verstärken politische, ökonomische und ökologische Probleme sich wechselseitig.

Die Energieversorgung Simbabwes bereitet aktuell große Probleme. Das Land leidet unter ständiger Energieknappheit. In den großen Städten fällt der Strom teilweise bis zu 24 Stunden aus; in manchen ländlichen Regionen auch für mehrere Tage. Zurzeit besteht eine Versorgungslücke von rund 900 Megawatt, denn einem Spitzenverbrauch von 2.200 Megawatt steht eine durchschnittliche Erzeugungskapazität von nur 1.300 Megawatt gegenüber. Strom wird in Simbabwe momentan vornehmlich durch Wasserkraft und Kohle erzeugt. Hinzu kommen Stromimporte aus Südafrika, Botswana und Namibia. In den kommenden Jahren soll die Kraftwerkskapazität auf 2.800 Megawatt ausgebaut werden, bis 2040 auf 10.000 Megawatt. Dies soll vor allem durch die Erweiterung und den Neubau von Kohlekraftwerken erreicht werden. Fast alle Projekte sollen durch chinesische Firmen geplant, ausgeführt und teilweise auch finanziert werden. Im Jahr 2013 wurde von der „Regierung der Nationalen Einheit“ zudem der Bau von drei Atomkraftwerken durch die VR China annonciert. Bei diesem Projekt gibt es jedoch momentan keine weitere Entwicklung. Auch Gas soll künftig zum Energiemix Simbabwes gehören. Im Bereich Lupane finden sich große Methangas-Vorkommen, die für die Energieerzeugung erschlossen werden könnten. Zusammen mit Sambia will man darüber hinaus das Wasserkraftwerk Batoka Gorge realisieren. Entwickelt wird das geschätzte vier

Milliarden US-Dollar teure Staudammprojekt von der Zambezi River Authority, die von beiden Staaten gemeinsam getragen wird. Geplant ist der Bau einer 180 Meter hohen Staumauer sowie zweier Turbinenstationen mit jeweils vier 200-Megawatt-Turbinen. Dadurch soll eine Gesamtkapazität von 1.600 Megawatt erreicht werden. Faktisch alle genannten Projekte sind jedoch aus Finanzierungsgründen ausgesetzt. Simbabwe verfügt für diese Vorhaben über kein ausreichendes Budget und Investoren haben sich nach der umstrittenen Wahl 2013 bisher nicht gefunden.

Ogleich der Markt für die Solarstromentwicklung in einem so sonnenreichen Land wie Simbabwe riesig ist, wird Solarkraft bisher zu wenig genutzt. An durchschnittlich 300 Tagen im Jahr scheint in Simbabwe die Sonne. Das entspricht einer Stromleistung von jährlich 2.100 Kilowattstunden pro Quadratmeter. Der Stromversorger Zimbabwe Power Company hat Mitte 2013 mit den Planungen für 100-Megawatt-Solaranlagen in den Provinzen Matabeleland und Masvingo begonnen, um die Stromversorgung im Land kurzfristig zu verbessern.

Noch vor den Wahlen 2013 hatte das Technologieinstitut von Harare (HIT) eine solarbetriebene Heizanlage in Auftrag gegeben. Das Pilotprojekt für Warmwasserbereitung durch Solarstrom wurde durch die Regierung Südkoreas über die koreanische Entwicklungsbehörde KOICA und in Zusammenarbeit mit den Ministerien für Energie, öffentliche Baumaßnahmen und höhere Bildung finanziert und realisiert. Auch bei der weiteren Realisierung von großen Solaranlagen ist die ZANU-PF-Regierung an ihre Finanzierungsgrenzen gestoßen.

Für private und gewerbliche Kleinnutzer gibt es inzwischen zahlreiche private Beratungsfirmen. Auch das chinesische Handelszentrum in Harare bietet kleine und mittelgroße Anlagen sehr preiswert an. Die Bonner Firma Solarworld hat kürzlich alle Mautstationen mit Solaranlagen versorgt.

Bedingt durch die katastrophale wirtschaftliche Situation Simbawbes ist die Klimadiskussion komplett in den Hintergrund gerückt. Es sind hauptsächlich einzelne NGOs, die die Debatte führen und befeuern. Von der Regierung wird das Thema Klimawandel aktuell nicht thematisiert. Die breite Bevölkerung ist kaum informiert. Bis vor kurzem waren die europäischen Länder erklärte Gegner der Regierung Mugabe. Die europäische Klima- und Energiepolitik bzw. die deutsche Energiewende wurden deshalb gar nicht wahrgenommen. Einige ZANU-PF-Politiker verstiegen sich in Diskussionen sogar zu der Behauptung, dass die Klima-Diskussion ein weiteres „Werkzeug der Kolo-

nialisten sei, um Simbabwe erneut zu beherrschen.“ Mit der Wiederannäherung der EU an Simbabwe sind diese Stimmen jedoch vorläufig verstummt. Anfang Juni 2014 hat Dänemark nun einen neuen Kooperationsvertrag mit Simbabwe unterzeichnet, der u. a. die Energieversorgung besser absichern und vor allem finanzieren soll. Jetzt sollen auch Programme aus dem Jahr 2009 fortgesetzt werden, die sich – eher zaghaft – bemühten, die CO₂-Emission von knapp 11.000 Tonnen zu reduzieren. Ohne eine ausreichende und gesicherte Energieversorgung wird Simbawbes Wirtschaft weiter schrumpfen.

Der Klimawandel beeinflusst aber nicht nur Simbabwe, sondern auch die angrenzenden Nachbarländer. Im Rahmen der SADC suchten sie nach gemeinsamen Lösungsansätzen. In der Klima- und Umweltforschung gibt es einzelne regionale Kooperationen, beispielsweise zu den Gebieten entlang der Grenzflüsse Limpopo und Sambesi. Trotz eines 2002 verabschiedeten Gesetzes zum Umweltmanagement hat Simbabwe noch keine übergreifende Klimapolitik oder eine nationale Adaptationsstrategie. Auch wurden vorhandene Gesetze nach Verabschiedung der neuen Verfassung bisher noch nicht angepasst und legal in den neuen Verfassungsrahmen migriert. Es existieren einige wenige staatliche Programme in unterschiedlichen Sektoren, die sich mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen. Aufgrund fehlender Finanzen liegen diese jetzt aber brach. Die Rolle der Vereinten Nationen im Klimadiskurs ist gering. Man geht jedoch davon aus, dass sich der Einfluss der SADC und der AU erhöht. Robert Mugabe wird beiden Organisationen wohl bald vorstehen.

Darüber hinaus kritisierten regierungsnahe Experten, dass es eine Dominanz von Klima-Wissenschaftlern aus anderen afrikanischen Ländern, den USA und Europa gäbe. Sie verlangten die „Beachtung simbabwischer Anpassungsstrategien an die Folgen eines möglichen Klimawandels“.

Auf lokaler Ebene werden bereits Anpassungsformen an die Klimaveränderungen entwickelt. Das über Generationen hinweg, vor allem von Frauen entwickelte agrar-ökologische Wissen, erhält neuen Stellenwert. Auch hier sind die Träger zumeist internationale NGOs.

Die Regierung von Simbabwe hat in den vergangenen Jahren folgende Konventionen und internationale Verträge ratifiziert oder unterschrieben:

- Convention on International Trade on Endangered Species of Wild Fauna and Flora;
- Montreal Protocol;
- CBD;
- UNFCCC;
- Bamako Convention;
- UNCCD;
- CITES Convention.

Bei Gesprächen mit betroffenen Simbabwern, aber insbesondere mit (jungen) Parlamentariern wird deutlich, dass dem Klimawandel in Simbabwe jetzt vor allem mit Anpassungs- und Vermeidungsmaßnahmen, Strategien sowie (vor allem) Information und Aufklärung der Bevölkerung begegnet werden muss.

SÜDAFRIKA

Holger Dix | Jan-Wilhelm Ahmling

Das Recht auf eine saubere und nicht gesundheitsschädliche Umwelt zählt zu den Grundrechten der südafrikanischen Verfassung. Doch allein die durch die Kohlekraftwerke des staatlichen Stromversorgers Eskom verursachte Luftverschmutzung führt nach Schätzungen von Greenpeace International zu jährlich 2.200 bis 2.700 Todesfällen. In Mpumalanga, einer Provinz mit einer hohen Konzentration von Kohlekraftwerken, stehen nach Angaben des südafrikanischen Gesundheitsministeriums 51 Prozent aller Krankenhausaufenthalte in Zusammenhang mit der Luftverschmutzung. Zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit des Klimaschutzes scheinen in Südafrika Welten zu liegen.

KOHLE ALS PRIMÄRENERGIETRÄGER

Südafrika ist der größte Produzent von Treibhausgasen in Afrika und unter den 15 größten Produzenten weltweit. Verantwortlich dafür ist insbesondere die Energiegewinnung durch Kohle. 72 Prozent der gesamten Energieversorgung erfolgt durch Kohlekraftwerke und 85 Prozent des Stroms werden durch diesen Energieträger erzeugt. Zudem wird Kohle zur Herstellung von synthetischen Brennstoffen genutzt.

Kohle ist ein günstiges und für die südafrikanische Wirtschaft wichtiges Produkt. 95 Prozent der afrikanischen und vier Prozent der weltweiten Kohlereserven befinden sich in Südafrika. Die günstige Energieversorgung durch Kohle wird von der energieintensiven Industrie und dem Bergbausektor als Investitions- und Wettbewerbsvorteil gesehen. Zudem schafft alleine der Kohleabbau 70.000 Arbeitsplätze in einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere bei weniger qualifizierten Arbeitskräften. Trotz seiner wirtschaftlichen Dependenz von der Kohle muss Südafrika seinen Energiemix diversifizieren, denn ohne tiefgreifende

energiepolitische Änderungen wird sich der CO₂-Austoß des Landes bis zum Jahr 2050 noch vervierfachen.

FOLGEN DES KLIMAWANDELS

Der wirtschaftlichen Bedeutung der Kohlenutzung stehen die schon jetzt erkennbaren Folgen der Nutzung, insbesondere für die Gesundheit der Bevölkerung, aber auch die Anfälligkeit des Landes für die längerfristigen Folgen des Klimawandels entgegen. Längerfristig geht man von einer Erwärmung um ein bis zwei Grad an den Küsten und zwei bis drei Grad Celsius im Landesinnern bis zur Mitte des Jahrhunderts und drei bis vier Grad beziehungsweise sechs bis sieben Grad Celsius bis zum Jahr 2100 aus. Diese Erwärmung hätte erhebliche Auswirkungen auf die schon jetzt prekäre Wasserversorgung des Landes, auf die Landwirtschaft, die Siedlungen im Küstenbereich, die Biodiversität und die wasserintensiven Wirtschaftsbereiche wie Minen und Stromerzeugung. Südafrika steht damit vor der Aufgabe, den weiteren Anstieg der Emission zu vermeiden, sich auf die nicht mehr zu vermeidenden Folgen des Klimawandels vorzubereiten und die für die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit notwendige Wirtschaftsentwicklung von der umweltzerstörenden und karbonintensiven Energieproduktion und -nutzung zu entkoppeln.

ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK AUF DER NATIONALEN AGENDA

Südafrikas Regierung ist sich der Problematik des Klimawandels bewusst und hat diesbezügliche Strategien und Politiken entwickelt. Im Jahr 1993 hat die Regierung die Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen unterschrieben und 1997 ratifiziert. 2004 legte Südafrika den ersten Bericht gemäß Artikel 12 der Konvention vor, der zweite Bericht zur Klimapolitik des Landes folgte im Jahr 2011. Anlässlich